

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Mittwoch, den 31. Januar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Der Arbeitshausstaat.

Der Genius der Zeitgeschichte liebt es, seine Wege zu machen. Mit der feierlichen Erklärung der „Nordd. Allgemeinen Ztg.“, der gute Reichskanzler denke an keine Ausnahmegeetze gegen die klaffenbewußten Arbeiter — erscheint gerade jetzt der Entwurf eines Gesetzes über den Arbeitszwang, welcher die reaktionären Absichten der Regierungskreise wie mit Bligesschein beleuchtet.

Schon auf dem jüngsten Gewerkschaftskongreß wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sich weit schlimmere Strafanordnungen befänden, als in der Zuchthausvorlage. Damit wird es zur Spielerei mit Worten, wenn gesagt wird, daß man keine Ausnahmegeetze wolle. Auch der Entwurf eines Gesetzes über den Arbeitszwang bewegt sich formell auf dem Boden des gemeinen Rechts; die Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft nach den Besitzverhältnissen bringt es aber mit sich, daß von den furchtbaren Härten dieses Gesetzes nur bestimmte Schichten getroffen werden.

Diesem Gesetze ist im Lärm des Wahlkampfes nicht gleich die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet worden. Nun aber beginnt die Kritik einzusetzen, und es ist erfreulich, daß auch von bürgerlicher Seite die Grundlagen dieses Gesetzes vermessen werden, welches bestimmt ist, der bürokratischen Willkür noch weiteren Spielraum zu gewähren als bisher.

Das Gesetz, das in seinem § 1 „jedem hilfsbedürftigen Deutschen“ Unterstützung durch den Armenverband gewährt, sagt im § 1 a:

„Wer selbst oder in der Person seiner Ehefrau oder seiner noch nicht 16 Jahre alten Kinder aus öffentlichen Armenmitteln nicht nur vorübergehend unterstützt wird, kann auch gegen seinen Willen auf Antrag des unterstützungspflichtigen Armenverbandes durch Beschluß des Kreis- (Stadt-) Ausschusses für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit in einer öffentlichen Arbeitsanstalt untergebracht werden. Der Untergebrachte ist verpflichtet, für Rechnung des Armenverbandes die ihm von diesem angewiesenen Arbeiten nach dem Maße seiner Kräfte zu verrichten.“

Darnach würden also nicht nur wirklich Arbeitscheu, sondern auch Leute, die wegen Krankheit, Alter, Gebrechlichkeit, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit unterstützt werden, ins Arbeitshaus abgeschoben werden können.

Man wirft uns Sozialisten gerne vor, daß wir unsere Kritik der bürgerlichen Gesetzgebung leicht zu scharf gehalten und zu übertrieben genügt seien. Zwar geben wir das nicht zu, aber wir wollen in diesem Falle einem bürgerlichen Kritiker des Gesetzentwurfs über den Arbeitszwang den Vortritt lassen. Es ist dies der Magistratsyndikus Langer aus Frankfurt a. M., der von seinem Standpunkt aus zu folgenden Schlüssen kommt:

„Ein Kiegel sollte vorgeschoben werden gegen das Überhandnehmen der Faulen und Trinker, bestraft aber kann auch der fleißige, ehr- und arbeitliebende Arbeiter, Handwerker, Angefallte werden, weil die Konjunktur ihn zur Arbeitslosigkeit, die Seinen zu Entbehrungen zwingt! Man wende nicht ein, daß die Betätigung Vertrauen heifender Instanzen eine abwegige Auslegung verhüten werde. Von Gesetzen muß man verlangen, daß sie eine vernünftige Auslegung nicht nur gestatten, sondern jede andere Auslegung ausschließen, soweit dies menschliches Können zu erzielen vermag.“

Wird man aber in dieser Zeit politischer und wirtschaftlicher Erregungen wirklich verlangen können, daß die Auslegung immer der Tendenz des Gesetzes entspricht? Und was ist die Tendenz des Gesetzes? Nach dem Entwurf scheint endlich das Mittel gefunden zu sein, Streiks zu verhindern. Wenn die Familie des Streikenden unterstützt wird, so kommt der Streikende, wenn der Streik eine Zeitlang gedauert hat, ins Zwangsarbeitshaus. Sollte das die Tendenz des Gesetzes sein? Auf diese Weise in die wirtschaftlichen Kämpfe einzugreifen, eingreifen zu können, muß aber — das Selbstverständliche muß gesagt werden — aus entsetzlichen Verwehrt werden. Aber nicht nur der Streikende Arbeiter, auch der ausgesperrte wird unter den Zwang des Gesetzes gestellt. Die Perspektiven, die sich eröffnen, sind beängstigend. Künftig brauchte es also keine wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu geben. Das Arbeitshaus könnte

ihnen ein schnelles Ende machen. Nur wenn der Lohnkampf den Zweck hatte, der Familie das Einkommen zu sichern das verteuerte Lebensverhältnisse gerade zur Vermeidung der Armenunterstützung forderten, so wird künftig an die Stelle des Streiks eben die Armenunterstützung treten und damit wiederum — das Arbeitshaus! Also „rechts am Ende, links am Ende“ — das Arbeitshaus.“

Höchst charakteristisch ist an diesem Gesetze, daß es die unverhüllte Tendenz hat, wie aus den Bestimmungen der §§ 1 c und 1 f zu ersehen, den einmal der Arbeitsanstalt überwiesenen Menschen möglichst lange dort zu behalten. Denn er soll nicht auf eine bestimmte Zeit überwiesen werden, sondern „für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit“. Da eröffnen sich ungeahnt weite unabsehbare Perspektiven. Der oben genannte Syndikus vergleicht mit Recht diese Art Internierung in der Arbeitsanstalt mit der früheren Schulhaft in England, wie sie Dickens geschildert hat. Wie ein Engländer damals die Aussicht hatte, wenn er einmal erst im Schuldturm saß, auf Lebenszeit darinnen bleiben zu müssen, so eröffnet sich dem bedürftigen Deutschen, daß er aus der Arbeitsanstalt nicht mehr herauskommt.

Die Sozialdemokratie verlangt für eine vernünftig organisierte Gesellschaft selbstverständlich allgemeine Arbeitspflicht, wie dies an der Spitze des Gothaer Programms von 1875 feinerzeit auch ausgesprochen war. Was sich aber der Klassen- und Volkzeit in dem Gesetz über den Arbeitszwang leistet, geht noch hinter die Rückschläge des Mittelalters zurück. Gedankenlose Philister lehren gegen die Sozialdemokratie unentwegt die verlogene Phrase vom „Zuchthausstaat“ herunter, an der Vorlage über den Arbeitszwang aber sieht man, wie für ganze Schichten der Bevölkerung der „moderne“ Staat zum Arbeitshausstaat gemacht werden soll.

Die Materie ist auch im Reichstage schon des öfteren behandelt worden. 1894 gelang es der Sozialdemokratie, die Strafbestimmungen für solche Personen, die sich der Unterhaltungspflicht gegenüber Verarmten trotz aller behördlichen Aufforderungen entziehen, wesentlich zu mildern. Der in Rede stehende Gesetzentwurf aber geht dem preussischen Landtage zu, und dort werden Sunker und Pfaffen nicht säumen, den modernen Arbeitshausstaat für arme und gebrechliche Leute zu errichten.

Statt mit einem solchen ungeheuerlichen Zwangsgeetze zu kommen, hätte man zunächst eine Arbeitslosenversicherung einführen sollen. Dann wäre wenigstens vermieden worden, daß Arbeitslose unverdient ins Arbeitshaus kommen und dort gegen ihren Willen auf unbestimmte Zeit festgehalten werden können. Von der Arbeitslosenversicherung sind wir aber noch weit entfernt. Die Scharfmacher unter den Großindustriellen loben wie belesen gegen jede Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung, und der Spielbürger ist entzückt, daß die „Arbeitscheu“ endlich energig bekämpft werden soll. Auf die Art und Weise kommt es ihm nicht an und ob ungeschuldige Leute, die ganz gerne arbeiten würden, wenn sie könnten, dem Polizeigeist des Gesetzes zum Opfer fallen oder nicht.

Wir sind gespannt darauf, was man aus Regierungskreisen dem Frankfurter Magistratsyndikus erwidern wird, der unumwunden behauptet hat, dies Gesetz habe den Zweck, Streiks zu verhindern. Natürlich werden wir da hören, daß die Geheimräte, die das Gesetz ausgeklügelt haben, lauter Lämmchen weiß wie Schnee sind, die noch niemals ein Wässerchen getrübt haben.

Aber wir sehen ja, wie von gewissen kapitalistischen Gruppen ein förmlicher Feldzug unternommen wird, um das Koalitionsrecht zu vernichten. Die Großkapitalisten betrachten nach dem Ausdruck eines der von ihnen bezahlten Gelehrten den Staat als einen Nachwächter, der ihnen seinem Berufe entsprechende Dienste zu leisten hat. So drängen sie ihn nunmehr, unter Vernichtung des Koalitionsrechts den Arbeitern die Lohnkämpfe möglichst zu erschweren oder sie ganz zu verhindern. Die neue Strafgesetzbuchvorlage, die Zuchthausvorlage, welche den Streikbrecher zum Nationalhelden und Gesellschaftsretter erheben und das Streikpostenstreichen verbieten soll, und nun auch das Gesetz über den Arbeitszwang — alles bewegt sich in der gleichen Richtung. Der „Nachwächter“ Staat wird immer geneigt sein, nachzugeben.

Und lächelnd versichert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Ausnahmegeetze wünscht man in den Regierungskreisen nicht!“

Die Arbeiterklasse weiß doch wohl nun, mit wem sie es zu tun hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Zentrum droht.

Die „Märkische Volkszeitung“, der vergrößerte Ableger der „Germania“, erblickt in dem Ausfall der Wahlen die Gefahr eines wirklichen Großblockes im Reich. Damit hält das Zentrumsblatt die monarchische Grundlage des Reiches für gefährdet. Der Kaiser sei über den Wahlausfall so beklübt, daß er den Reichstag garnicht persönlich eröffnen wolle und wenn es dem Reichskanzler nicht gelinge, die Sozialdemokratie aus dem Präsidium des Reichstags fernzuhalten, dann könne er das frohe Wanderlied ansimmen. Der Artikel schließt: „Wir können deshalb die Grenze zwischen der Regierung und dem Zentrum nicht scharf genug ziehen und markieren.“ — Offenichtlich handelt es sich hier bloß um einen Fühler, denn die „Märkische Volkszeitung“ ist eines der Organe, die das Zentrum, wenn es nötig ist, rasch einmal verleugnen kann.

Weitere Wahlproteste.

Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert wurde im sächsischen Reichstagswahlkreise Borna mit zwei Dutzend Stimmen Mehrheit gewählt. Da schwere Wahlbeeinflussungen vorgekommen sein sollen, ist nach einer Meldung aus Borna gegen die Wahl Protest eingelegt worden.

Im Wahlkreise Rossel-Großstrehlich wollen die Polen gegen die Wahl des fürstbischöflichen Kommissarius Skowaghi wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten Einspruch erheben.

In Rattowig-Jabrze werden die Sozialdemokraten die Wahl des Polen Soffinski anfechten.

In Löwenberg beabsichtigen die Konservativen gegen die Wahl des fortschrittlichen Rektors Kopsch Protest einzulegen.

Gegen die Schmecker Stichwahl protestieren die Polen. Nach polnischen Blättern erkannte der Minister die Berechtigung der schon gemeldeten polnischen Beschwerde über die Feststellung der Hauptwahl an. Danach wäre Szajnowski gewählt gewesen und die Stichwahl ungültig. Der Ministerbescheid traf aber verspätet ein.

Beschleunigung der Wahlprüfungen.

In der „Vossischen Zeitung“ tritt der Oberlandesgerichtsrat Dr. Nöldeke in Hamburg dafür ein, daß die bisher übliche Verschleppung der Wahlprüfungen im Reichstag verhindert werden müsse. Der Verfasser weist u. a. auch darauf hin, daß das Oberlandesgericht Kolmar, dem die Prüfung der esch-lothringischen Wahlen übertragen ist, sehr prompt gearbeitet habe und empfiehlt ein ähnliches Verfahren auch für das Reich. Allerdings muß er selbst zugeben, daß eine solche Änderung momentan nicht gemacht werden könne. Dafür empfiehlt er, daß der Reichstag mehrere Wahlprüfungskommissionen einsetzen soll, die dann gleichzeitig arbeiten könnten.

Der letztere Vorschlag hat eine gewisse Berechtigung, wenn auch nicht anzunehmen ist, daß in der nächsten Zeit in der angeedeuteten Weise vorgegangen werden kann. Gerade von sozialdemokratischer Seite ist das Verschleppen der Wahlprüfungen stets gerügt worden. Die Schuld daran liegt einerseits an den bürgerlichen Parteien, andererseits an dem überaus umständlichen Verfahren. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags darf selbst Erhebungen überhaupt nicht anstellen; vielmehr muß sie auf dem Umweg über das Plenum des Reichstags an den Reichskanzler das Ersuchen richten, die nötigen Erhebungen veranstalten zu lassen. Vom Kanzleramt aus läuft dann die Befragung durch eine ganze Menge Instanzen, bis sie endlich an die Instanz gelangt, die mit der Vornahme von Erhebungen betraut wird. Auf demselben umständlichen Wege geht dann das Resultat der Erhebungen an die Wahlprüfungskommission zurück. Wird nun in der Wahlprüfungskommission noch irgend ein nebensächlicher Punkt als besonders wichtig hingestellt und von der Mehrheit anerkannt, dann geht die Geschichte von vorne wieder los. Auf diese Weise ist es möglich, daß Wahlprüfungen während der ganzen Legislaturperiode überhaupt nicht erledigt werden können. Darin liegt zweifellos ein sehr großer Mißstand, der für die Dauer einfach unhaltbar ist. Die Mehrheit der Wahlprüfungskommission hat es allerdings in der Hand, eine Wahlprüfung zu beschleunigen, bisher ist dies aber nur dann geschehen, wenn sozialdemokratische Mandate angefochten waren. So sind im Jahre 1903 die Mandate der Gen. Buchwald und Dr. Braun mit offener Geschwindigkeit kassiert worden. Bei bürgerlichen Mandaten konnte man bisher die Eile noch nicht

beobachten und es steht zu hoffen, daß bei dem nun anders zusammengefügten Reichstag die sozialdemokratischen Bestrebungen auf eine Beschleunigung der Wahlprüfungen doch endlich einmal Anklang finden werden. Mandate wie die des Reichsverbändlers Dr. Becker und des Reichsverbandsgenerals v. Liebert — in beiden Fällen handelt es sich nur um wenige Stimmen — müssen so rasch als möglich geprüft werden, damit die Wähler auch wirklich zu ihrem Rechte kommen.

Was kosten konservative Wahlen.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Wahl des umgekehrten Königs 150 000 Mk. gekostet hat. Nun wird bekannt, daß der starke Mann nur dadurch in den Reichstag hineinkommen konnte, daß für ihn 125 000 Mk. Wahlgelde verpulvert worden sind. So, ja, die „Notleidenden“ können sich ein Reichstagsmandat schon etwas kosten lassen.

Wer ist der Sündenbock?

Die schwarzblauen Blockbrüder sind unablässig bestrebt, der Regierung die Schuld an dem Wahlausfall in die Schuhe zu schieben. Ein paar Tage hat die Regierung diesem Treiben ruhig zuzusehen, nun aber ist ihr offensichtlich der Geduldsfaden gerissen, denn sie erklärt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ziemlich unwirksam:

„In den Erörterungen der Presse über den Ausfall der Wahlen finden sich mehrfach Versuche, der Regierung die Schuld an dem Ergebnis zuzuschreiben. Sie habe die Finanzreformhege geduldet und nichts gegen das Vorkommen der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie getan. Als sie eingegriffen habe, sei es zu spät gewesen.

Diese Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die Bemühungen der Regierung sind dauernd, und zwar nicht erst seit der Eröffnung der eigentlichen Wahlkampagne, darauf ausgegangen, die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien auszugleichen und sie auf den gemeinsamen Boden des nationalen Gesamtinteresses zurückzuführen. Wenn diese Bemühungen an der Verbitterung der Parteien gescheitert sind, so trifft die Schuld jedenfalls nicht die Regierung. Hätte sie in dem Streit um den inneren Wert der Reichsfinanzreform für die eine oder andere Seite Partei ergriffen, so hätte sie ihre Versuche von vornherein zur Unachtsamkeit verdammt. Wohl aber lag es in der Richtung ihrer Aufgabe, die für die Reichsfinanzen günstigen Ergebnisse der Reform mit Nachdruck darzulegen, sowie sie erkennbar waren. Daß dies bei jeder Gelegenheit und noch bis in die letzten Tage der Reichstagsession hinein geschehen ist, kann nicht bestritten werden.

Der zweite Vorwurf, daß die Regierung es an Entschiedenheit in ihrer Stellung zur Sozialdemokratie habe fehlen lassen, ist nicht minder haltlos. Die Auffassung der Regierung ist vor den Hauptwahlen wie vor den Stichwahlen mit völliger Klarheit zum Ausdruck gekommen. In ihr liegt die Schuld also nicht, wenn die bürgerlichen Parteien sich zur gegenseitigen Unterstützung gegen die Sozialdemokratie nicht zusammengesunden und die Regierung mit ihren Bemühungen um die Einigung des Bürgertums allein gelassen haben. Gerade in der gegenwärtigen Zeit sollten sich Männer, die für die Stärkung der Staatsautorität einzutreten, solcher unbilligen Vorwürfe gegen die Regierung enthalten.“

Man wird der Regierung darin beipflichten müssen, daß sie es an Versuchen nicht hat fehlen lassen, die finanzielle Lage des Reiches günstiger erscheinen zu lassen, als wie sie in Wirklichkeit ist. Man weiß auch, daß der Kanzler bemüht war, die Parteien wenigstens für die Stichwahlen unter einen Hut zu bringen. Wenn ihm das nicht gelang, so mag das vor allen Dingen mit daran gelegen haben, daß die liberalen Parteien von den Schnapsblockbrüdern wie räubrige Hunde behandelt worden waren. Der anmutige Streit, wer die Schuld trägt, wird nun erst recht entbrennen und die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß es zu bedauern, wenn Regierung und Schnapsblockler sich gegenseitig gehörig die Meinung sagen.

Zentrumsabweisung in Düsseldorf.

Über angebliche falsche Eintragungen in die Wählerlisten wurde bei der amtlichen Prüfung des Wahlergebnisses der Hauptwahl vom 12. Januar in Düsseldorf von einem Beisitzer der Wahlprüfungskommission, Herrn Stevens aus Kallerswert, Beschwerde geführt. Nach den Angaben dieses Herrn sollten sogar in einem Hause auf der Herzogstraße in Düsseldorf 40 fingierte Namen in die Wählerlisten eingetragen sein. Nachher berichtete sich Herr Stevens, daß nicht in einem Hause, sondern in der Herzogstraße diese Zahl in Betracht käme. Von sozialdemokratischer Seite wurde in der Sitzung der Wahlprüfungskommission verlangt, daß der Herr Wahlkommissar die Angaben des Herrn Stevens genau untersuchen solle.

Bei der amtlichen Feststellung des Stichwahlergebnisses wurde zunächst ermittelt, daß in zwei Bezirken (43 und 66) je ein Wähler nicht wählen konnte, weil bereits auf ihren Namen gewählt war. Beide Wähler, die so um ihr Wahlrecht kamen, sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Im übrigen wurde die Unhaltbarkeit der von dem Zentrumsmann vorgebrachten Behauptungen festgestellt. Herr Stevens erklärte darauf zu Protokoll, daß er nunmehr die Sache auf sich beruhend lassen wolle. Von sozialdemokratischer Seite wurde dann der Wahlkommissar noch interpelliert wegen der auch von Herrn Stevens angezogenen angeblichen Betrüger Wahlmotive. Der Wahlkommissar erklärte, daß ihm von einem Fall in Betrach, wie Herr Stevens ihn hier vorbringe, weder amtlich noch außeramtlich etwas bekannt sei. Auch der darauf telephonisch befragte Bürgermeister von Betrach wußte von nichts!

Nachdem wurde vom Wahlkommissar auf Grund des amtlich ermittelten Stimmenergebnisses der Stichwahl vom 25. Januar der Parteisekretär Karl Haberland als Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Düsseldorf proklamiert.

Die Stimme aus der Wüste.

Fürst Bülow mußte für die Sünden der Konservativen in die Wüste gehen, nachdem er den neuerlichen Patrioten vorher noch das Wort zugerufen hatte: „Bei

Philippi sehen wir uns wieder“. Daß der Wahlausfall von dem Fürsten Bülow als eine Genugtuung empfunden wurde, das geht aus einer Rundgebung hervor, die er im „Hamburgischen Korrespondent“ veröffentlicht und in der er sagt:

„Unabhängig der Wahl sind mir aus nationalgeheimten Kreisen zahlreiche Zuschriften und Telegramme zugegangen, in denen sich nicht nur persönliche Anhänglichkeit ausdrückt, sondern auch die Überzeugung, daß ich in meiner politischen Tätigkeit das angestrebt habe, was für eine gesunde Fortentwicklung des deutschen Volkes und somit für die Macht und Ehre des Reichs für die wahren und dauernden Interessen von Kaiser und Reich überliefert war.“

Die schwarzblauen Blockbrüder können also jetzt ihre Entrüstung, die sich nicht gut verdoppeln läßt, auf Bethmann Hollweg und Fürst Bülow gleichmäßig verteilen.

Der Graf im Warte.

Posta, den „man“ schon für den Posten als Reichstagspräsident ausersehen hatte, verzichtet dankend darauf. Er weiß auch, warum. Denn mit seiner Person wäre die sozialdemokratische Fraktion, die als stärkste doch sicherlich auch ein Wort bei der Besetzung des Präsidiums mitzureden hat, nicht einverstanden.

Die Staatsberatung im preussischen Abgeordnetenhaus.

Der erste Tag der Staatsdebatte führte zu einer scharfen Abrechnung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum. Im Gegenlag zu dem konservativen Redner, Herrn von Pappenheim, der sich auf rein elatschemische Fragen beschränkte und nur zum Schluß seiner Ausführungen über die Entwürdigung der Autorität der Regierung klagte, warf Abg. Herold vom Zentrum einen Rückblick auf die hinter uns liegenden Reichstagswahlen, wobei er weitlich gegen die Liberalen wegen ihres Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie zu Felde zog.

Unser Genosse Hirsch nahm Veranlassung, das ganze heuchlerische Gebaren des Zentrums, das auch schon mit der Sozialdemokratie gegangen ist, zu kennzeichnen. Er verlas die zwischen dem Abg. Müller-Fulda und den Abgg. Singer und Bebel im Jahre 1907 geschlossenen Schriftstücke, aus denen deutlich hervorgeht, daß das Zentrum uns ein regelrechtes Wahlbündnis angeboten hat. Er erinnerte an den Schwur im Dom zu Speyer und an andere Vorgänge aus neuerer Zeit, in denen das Zentrum mit uns Wahlbündnisse versucht hatte. Dem Zentrum war dies umso unangenehmer, als sein Redner eben noch seine Partei im Kampf gegen die Sozialdemokratie in empfehlende Erinnerung gebracht hatte. Die Abgeordneten des Zentrums suchten durch Lärm und Zwischenrufe die Wirkung der Ausführungen unseres Redners abzuschwächen, was ihnen aber angesichts des wichtigen Anlagematerials nicht gelang. Auch die konservativen Fälschungsversuche und das Verhalten der Regierung im Wahlkampf wurde von unserem Genossen Hirsch einer scharfen Kritik unterzogen. Im übrigen bildete seine Rede eine Anklage gegen die Untätigkeit der Regierung auf allen kulturellen Gebieten, insbesondere tabelte er, daß immer noch kein Wohnungsgeleit eingehracht ist, daß nichts für den Ausbau des Fabrikinspektorenwesens geschieht, daß man von der Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulwesens absteht und ganz besonders scharf kritisierte er auch, daß die Thronrede wiederum keine Wahlreform angekündigt hat. Er betonte die Notwendigkeit eines taktischen Zusammengehens zwischen freihetlichem Bürgertum und Arbeiterklasse im Kampf gegen das Dreiklassenstystem und gegen den Polizei- und Junkerstaat in Preußen. Hierauf wurde die Debatte auf Mittwoch verlag.

Aus dem sächsischen Landtag.

Der Landtag nahm am Montag einstimmig einen Antrag an, den in den Reichsständen dienenden sächsischen Soldaten alljährlich einmal eine freie Reise nach ihrer Heimat zu gewähren. Der Finanzminister erklärte, daß die Regierung dem Antrag, der eigentlich Reichsangelegenheit sei, sympathisch gegenüberstehe.

Der Landtag beschloß sich sodann mit einem Antrag, der eine Unterstützung jener Bevölkerungsschichten verlangt, die durch den niedergehenden Bergbau in eine Notlage gekommen sind. Untere Parteigenossen erklärten, daß sie den Antrag als berechtigt anerkennen, umsomehr als der staatliche Bergbau bis auf eine Lehrgrube völlig eingestellt werden soll. Es soll versucht werden, in die Bergarbeiterdörfer andere Industrien zu ziehen.

Der badische Ministerpräsident als Scharfmacher.

Im badischen Landtag griff der Staatsminister von Düch ohne jeden Anlaß die Sozialdemokratie heftig an. Er warf ihr vor, daß sie sich im letzten Sommer, als es sich um das Ansehen des Reiches handelte, empörend benommen habe. (Kann der Herr Minister hierfür den Beweis erbringen? Wenn ja, warum hat er nicht sofort mit tatsächlichen Beweisen gedient? Red. d. „L. W.“) Von einem Frieden zwischen Sozialdemokratie und Regierung könne keine Rede sein.

Vorher hatte der Minister erklärt, daß die badische Regierung auch künftig für die Reichserbschaftsteuer eintreten werde.

Elß-Lothringische Gruppe im Reichstage.

Nach einer Meldung aus Straßburg wollen die Reichstagsabgeordneten Dr. Ricklin, Thumann, Wetterle, Dr. Will, Dellor, Hauf, Schay und Leveque eine vom Zentrum ganz unabhängige elß-Lothringische Gruppe bilden; nur der Abg. Windeck hat seinen Beitritt abgelehnt.

Kopfrechnen schwach.

Matthias Erberger hat sich auf die Hosen gelehrt und es sich zur Aufgabe gemacht, die Seinen über den Wahlausgang zu trösten im Wege der Arithmetik. Eine Wissenschaft, die allerdings nicht gerade die Stärke des ehemaligen „Herrn Lehrers“ gewesen zu sein scheint. Er berechnete für den „Großblock“: 110 Sozialdemokraten, 44 Nationalliberale, 42 Volksparteier, 2 deutsche Bauernbündler, zusammen 198. Den Rest von 199 Reichstagsabgeordneten läßt der schwarze Mathematiker als einen „Anti-Großblock“ eigener Erfindung aufmarschieren. So

rettet Matthias der Leib, durch eine einfache Abktion, den schwerbedrohten Staat! Leider stecken in den 199, um nur dies zu erwähnen, 1 Däne und 1 liberaler Lothringer, die doch wohl mit mehr Recht dem „Großblock“ zugezählt werden. Damit wandelt sich Matthias Erbergers reitende Einmännermehrheit alsogleich in eine Minderheit von drei Köpfen um. Aber was tut das? Der viel-schreibende Matthias hat, wenn auch nicht gleich den Pointe de mérite, so doch sein — Zerkelshonorar rechtlich verdient. Und vielleicht gibt es unter seinen Leuten auch noch Dumme genug, die das glauben, was Matthias herausgerechnet hat.

Die fälligen Gesundheitsrückrichten.

Der Gouverneur von Kamerun, Dr. Gleim, sah sich aus Gesundheitsrückrichten gezwungen, seinen Abschied zu nehmen. In seiner Stelle ist der Geheim- Oberregierungsrat im Reichskolonialamt Karl Obermaier zum Gouverneur von Kamerun ernannt worden.

Der jüngste Scharfmacher.

Die „Post“ scheint ihre Aufgabe jetzt darin zu erblicken, allen möglichen konfulsen Darstellungen ihre Spalten zu öffnen. Am Montag brachte die „Post“ einen Artikel aus der Feder eines Psychiaters, der lediglich auf eine Verurteilung des Blattes hinauszielte. Und am Dienstag ergreift in den Spalten der „Post“ das Wort der Reichsverbändler Generalkonstantin v. v. Brochem, um seine Ansichten über die gegenwärtigen politischen Zustände des stauenden Mittelwest kundzutun. Wenn wir davon Notiz nehmen, dann natürlich nicht etwa deshalb, weil wir dem Herrn v. Brochem irgend eine politische Bedeutung beimesen, sondern nur, um zu zeigen, was ein Blatt, wie die „Post“, alles der Öffentlichkeit zu bieten mag. Der einflussige General beginnt seinen Artikel höchst geschmackvoll mit folgenden Sätzen:

„Die Goldene 110 in der Leipziger Straße, die sich dem Kleider kaufenden Publikum täglich durch mehr oder weniger humoristische Reklameverse an den Lifschäftel bemerkbar machte, ist verschwunden. An ihre Stelle tritt jetzt die Rote 110 am Königsplatz. Sie interessiert ein größeres Publikum als ihre goldene Vorgängerin, denn das ganze deutsche Volk hat sich mit der Frage zu beschäftigen, welches wohl der Einfluß dieser Roten 110 auf die Gestaltung unseres staatlichen Lebens sein wird.“

Nach dieser stimmungsvollen Einleitung tröstet er sich damit, daß wenigstens für die Heeres- und Marinevorlage im Reichstage eine Mehrheit vorhanden sei. Was sein Herz aber am meisten bebrückt, ist die Gefahr, daß der Reichstag die Sozialpolitik weiter ausbauen werde. Herr v. Brochem befürchtet dadurch den Niedergang der deutschen Industrie und des deutschen Handels und außerdem meint er, daß die deutsche Arbeiterschaft eine solche Fürsorge garnicht verdiene, weil sich ihr Dank nur in immer größeren und immer williger geleisteten Zahlungen an die stetig um Millionen wachsenden Streikkassen geäußert hat. Besonders schwierig scheint es ihm auch, im neuen Reichstage Maßregeln zum Schutze der Arbeitswilligen durchzusetzen. Hier erzählt nun der wackerere Reichsverbändler alles, was er in den Reichsverbandschriften gelesen hat. Schließlich versucht er sich auch in der Ironie, denn er wünscht, daß die Sozialdemokraten im Reichstage den Präsidenten stellen müssen, dann könne Stadthagen oder Zubeil das Kaiserhoch ausbringen.

Die gallige Stimmung des Herrn v. Brochem wird einigermaßen erklärlich, wenn man bedenkt, daß er bei den Reichstagswahlen einen fürchterlichen Durchfall erlitten hat. Er kandidierte in einem hannoverschen Wahlkreis und den Wählern dieses Kreises wurde plausibel gemacht, daß Herr von Brochem mit der Provinz Hannover um deswillen eng verbunden sei, weil er früher mit Vorliebe Pferde geritten habe, die aus hannoverschen Gestümmen stammten. Diese Argumentation wurde selbstredend überall mit stürmischer Heiterkeit aufgenommen und der Erfolg war der, daß Herr Hans v. Brochem nur eine ganz minimale Stimmenzahl erhielt. Dieser fürchterliche Reizfall scheint seine Wut gegen die Sozialdemokratie noch erheblich gestärkt zu haben und der Herr General wird sich schon mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß sich kaum ein Reichstagswahlkreis finden wird, der bereit wäre, einen Mann in den Reichstag zu wählen, der in dem angezogenen „Post“-Artikel über das Wahlrecht sagte: „Die Geschichtsschreiber späterer Tage werden nicht ohne Stauern ihren Zeitgenossen die wunderliche Aufgabe unterbreiten, daß das Deutsche Reich Jahrzehnte hindurch ein Wahlrecht gehabt hat, welches in diesem streng monarchischen Staate einer Partei, welche den Sturz der Monarchie, die Einführung der republikanischen Staatsform und den Umsturz der gesamten Gesellschaftsordnung offen als ihr Ziel aufstufte ermöglichte, die an Kopfstärke stärkste Partei in dem geleggebenden Körper eben dieses monarchischen Staates zu werden.“

Schweden.

Der neue Reichstag. Der im Herbst gewählte Reichstag ist vor kurzem zusammengetreten. Schon in der Thronrede wurde auf die veränderte innere politische Situation hingewiesen, die sich durch die Neuwahlen ergeben habe. Es wurde hervorgehoben, daß die Regierung es für zweckdienlich und als gerechtfertigt ansehe, den Frauen Wahlrecht und Wählbarkeit zu gewährleisten, und zwar auf derselben Grundlage, wie das Wahlrecht der Männer. Eine Vorlage soll dem Reichstag zugehen. Weiter wurden in Aussicht gestellt: ein Arbeiterkreditgeleit, Unterstütuungsgeleit und eine Mutterversicherung. Das Staatsbudget balanziert in Ausgabe und Einnahme mit 264 190 000 Kronen. Die Ausgaben, die durch Anleihe gedeckt werden sollen, betreffen alle produktiven Anlagen, wie Eisenbahnen, Telephonlinien, Ausnutzung der Wasserkraft usw. Als erster Beitrag zu einem Arbeiterversicherungs fonds sind 2 600 000 Kronen in den Etat eingelegt. Dem ganzen schwedischen Etat merkt man an, daß die Regierung Rücksicht auf die starke sozialdemokratische Fraktion nehmen mußte, ohne deren Stütze die liberale Regierung bekanntlich in der Luft schwebt. Hier ist doch endlich mal ein Land,

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können evont. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des
„Lübecker Volkshoten“.

Heute morgen um 6 1/2 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unser lieber Sohn

Hans

im Alter von 6 1/2 Jahren. Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern.

Willy Minner und Frau,
geb. Schaper.

Die Beerdigung findet Freitag, 2. Febr., nachm. 3 Uhr. von der Wörmer Friedhofskapelle aus statt.

Montag nachmittags 4 1/2 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Catharina Harder,

geb. Stapelfeldt,

im 70. Lebensjahre. Tief betrauert von den Ahnen.

Stockelsdorf, 29. Jan. 1912.

Heinr. Stapelfeldt u. Familie,
Emil Harder und Familie,
Hans Nib und Familie.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 2. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr. vom Sterbehause aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden, welche uns in Anlaß des Ablebens unseres lieben Sohnes erwiesen sind, sagen wir hiermit allen Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Lütge für seine trostreichen Worte am Sarge unseren besten Dank.

J. Koch u. Frau,

geb. Saalfeld.

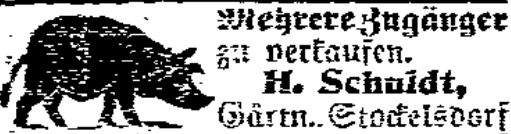
Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zwei-Zimmer-Wohnungen zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 35. pt.

50 starke Damen-Maskeföhne billig zu vermieten.
Wabnitzstraße 27c. II.

Zu 50 Damen- und Herren-Maskeföhne, von 2,50 Mk. an, zu vermieten. Dornstraße 33. II.
Besicht zu sofort ein

tücht. Hausknecht.

Näheres Beim Retzeich 14.



Wohltätige Zugänge zu verkaufen.
H. Schmidt,
Gärtn. Stockelsdorf

Die Verteidigung gegen den Gastwirt Herr Gebert nehme ich hiermit mit Bedauern zurück.

Adolf Wilken, Travemünde.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Teilizahlung gestattet:

Bei Barzahlung Rabatt.

Geben rote Lübeck-Rabattmarken.

Goldene und silb. Uhren

gut und billig.
L. S. Barack, Friseurgeschäft, Zönickestr. 23.

Donnerstag, den 1. Februar 1912:
Das künstlerisch-gesellschaftl. Ereignis Lübecks

Premiere

Harry Walden

in

„Sein Herzensjunge“

im Hansa-Theater.

Dankjagung.

Allen denen, die meiner teuren Gattin, unserer guten Tochter und Schwägerin die letzte Ehre bezeugten und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere meinem geehrten Chef und meinen werten Mitarbeitern, sowie Herrn Pastor Bernhard für die trostreichen Worte, sagen ihren tiefgefühlten Dank

Ernst Kunzmann nebst Angehörigen.

Restaurant zum Stadttheater.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage mein

Restaurant Fischergrube 24

Herrn Eduard Kahlke

übergebe. Indem ich für das mit erwiesene Wohlwollen danke, bitte ich selbiges auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Joh. Wulf.

Bezugnehmend auf obige Annonce bitte ich ein geehrtes Publikum Lübecks, sowie Freunde und Bekannte, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Für gute Speisen und Getränke, sowie reelle Bedienung werde ich jederzeit Sorge tragen. Sollte mein Klubzimmer bestens empfohlen.

Eduard Kahlke

seith. Vertreter der Lüb. Vereinsbrauerei.

NB. Das bisher von mir betriebene Fourage- und Feuerungsgeschäft, sowie die Niederlage der Kornbranntwein-Fabrik Fritz Lehment-Kiel, werde ich in unveränderter Weise in meinem Geschäftshause, Fischergrube 24, Fernruf 749, weiter führen und bitte um gütige Unterstützung.

Joh. Wulf.



Ahrberg's

Hannoversches

Wurstschmalz

à Pfd. 50 Pfg.,
bei 10 Pfd. 45 Pfg.

Königstraße

93.

Bungeidher Speise-Eisig ist anerkannt der beste.

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:

H. L. Wiegels, vorm. L. C. Bunge, G. m. b. H.

Von Pol zu Pol

von Sven Hedin

ist wieder vorrätig. Preis 3 Mark.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Brennmaterialien.



Jede Lieferung frei Haus zu billigen Preisen.

Wilhelm Gäde

Trabelmannstr. 7. Fernruf 1668.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
c. G. m. b. H.

Die

Wahlversammlungen

für Lübeck und Vorstädte

finden am

Donnerstag, d. 1. Februar
abends 8 1/2 Uhr

in folgenden Lokalen statt:

Für die Stadt:

Im „Gewerkschaftshaus“

Für das Holtentor-Süd:

In der „Flora“, Nebenhoffstraße.

Für das Burgtor:

Im Gesellschaftshaus „Marli“,
Marlistraße 18.

Für die Abgabestelle Elmigstraße:

„Weißer Engel“, Rakeburg, Allee.

Für die Abgabestelle Kronsf. Allee:

Bei Herrn Gastwirt Hagelstein
(früher Schulz) Geniner Straße 54.

Die Versammlung für Holtentor-
Nord findet am Dienstag, dem
6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im
Gesellschaftshaus „Friedrichshof“
statt.

Tagessordnung

in sämtlichen Versammlungen:

1. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Auslosung und Wahl der ausscheidenden Genossenschaftsratsmitglieder.
3. Genossenschaftliches.

Die Wahl ist nur zulässig gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs.

In allen Versammlungen wird eine kleine Warenausstellung gezeigt. Wir bitten deshalb um zahlreichen Besuch, auch besonders seitens der Frauen unserer Mitglieder.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-



Verein Lübeck.

Versammlung

Donnerstag, 1. Febr.

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagessordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Gründung einer Sammelstelle für Frisch auf.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.

Ende 12 Uhr.

Vorträge der Oberschulbehörde zu Lübeck.

Dr. med. Ott in Lübeck, Dr. Panconcelli-Calzia und Klara Hoffmann in Hamburg:

Das Gesangs- und Sprechorgan des Menschen, sein richtiger Gebrauch und die Heilung der durch falschen Gebrauch entstandenen Schäden, mit Experimenten und Demonstrationen.

Mittwoch, den 7. Febr. 1912:

Dr. med. Ott:

Anatomie der Stimmorgane und Beziehung zu ihrer Funktion; die Atmung beim Singen u. Sprechen.

Mittwoch, den 14. Febr. 1912:

Dr. phil. Panconcelli-Calzia,
Dozent für Phonetik am Kolonial-
institut in Hamburg:

Richtkopf und Stimmränder, Aufbau von und Resonanzräume und ihre wissenschaftliche Untersuchung; Photographie der Stimme.

Mittwoch, den 21. Febr. 1912:

Fräulein Klara Hoffmann,
Lehrerin für Stimmhygiene und Mitglied der Prüfungskommission für Schulgelehrte bei der Oberschulbehörde in Hamburg:

Bedeutung der Wissenschaft für die Praxis des Gesangs und Sprechunterrichts; naturgemäße Ausbildung der Sing- und Sprechstimme; Wiederherstellung verdorbener Stimmen.

Mittwoch, den 28. Febr. 1912:

Fräulein Klara Hoffmann:
Fortsetzung; Demonstrationen.

Dr. med. Ott:

Bedeutung der medizinischen Wissenschaft für die Stimmhygiene.

Die Vorträge werden durch zahlreiche Lichtbilder, Apparate und Demonstrationen erläutert.

Die Vorträge finden in der Aula des Johanneums, Bei St. Johannis 3, statt und beginnen um 8 1/2 Uhr.

Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße 4, I, bei F. W. Kalbel, Breite Straße 40, Rich. Quitzw, Breite Straße 97, Lübeck & Nöhling, Breite Straße 81, Robert Lübeck, Königstraße 41, sowie im Bureau der Ortsverkehrs- u. in der Öffentlichen Verkaufsstelle, Mengstraße 28.

Preis für die Vorträge Mk. 1.—

Gesang-Verein Amicitia Seereh.

Einladung zum

Masken-Ball

am Sonntag, dem 4. Febr.

im Lokale des Herrn E. Cordts,

Seeretz.

Kassenöffnung 5 1/2 Uhr. Ballanfang 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Demaskierung 10 Uhr. Tänze für Unmaskierte ist nur mit einer humoristischen Maske gestattet. Maskierte Mitglieder müssen im voraus Karten nehmen. Solche sind zu haben bei Hermann Bolow, Seereh.

Emil Cordts und Das Komitee.

Hansa-Theater.

Dr. Reinh. Gollbach.
Teleph. 610. Teleph. 610.

Donnerstag, 1. Febr. 1912
8 1/2 Uhr:

Gastspiel

Harry Walden:

„Sein Herzensjunge“

und Auftreten 1. Spezialitäten.

Vorverkauf: Sager, Zigarrengeschäft, Niemeier, Zigarrengeschäft, Tel. 1563, Breite Straße 65.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 1. Febr. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 116. Donnerstag-Ab. 20.

Der Freischütz.

Romant. Oper von C. M. v. Weber.
Freitag, 2. Februar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 116. Außer Freitag-Ab.

Zum 1. Male! Neu!
Hans Sonnenstörbers Höllefahrt.

Ein heiter, traumhaft von Paul Apel.
Musik von Beermann.

Die Stichwahlen in Württemberg.

In sieben von den siebzehn Wahlkreisen Württembergs war die Entscheidung schon am 12. Januar gefallen. Den ersten und zweiten Wahlkreis (Stuttgart und Cannstatt) hatte die Sozialdemokratie behauptet; dem Bauernbund war der 12. Kreis (Crailsheim) wieder zugefallen, das Zentrum hatte seinen alten sicheren Besitz, den 13. (Alten), 15. (Blaubeuren), 16. (Biberach) und 17. (Ravensburg) mit leichter Mühe gehalten.

Am Montag, dem 22. Januar, fanden in den übrigen zehn Kreisen die Stichwahlen statt. In sieben war die Sozialdemokratie beteiligt. In drei Kreisen stand die Fortschrittliche Volkspartei dem Bauernbund gegenüber. In zweien dieser Kreise, dem 8. (Freudenstadt) und dem 14. (Ulm) siegte die Volkspartei mit sozialdemokratischer Hilfe über den Bauernbund, im 11. Kreise (Backnang) wurde dem Volksparteiler gleichfalls die sozialdemokratische Unterstützung restlos zuteil; doch der Vorsprung des Bauernbündlers war zu groß; er behauptete sein Mandat.

Die Sozialdemokratie eroberte in den sieben Stichwahlen, an denen sie beteiligt war, nur noch ein Mandat, das Heilbronn. In der Hauptwahl waren hier auf die Sozialdemokratie 12 429 Stimmen gefallen, auf den Bauernbündler 10 788 Stimmen. Es hätte hier also Wahlenthaltung der Anhänger des aus der Stichwahl gedrängten Volksparteilers Naumann genügt, um der Sozialdemokratie das Mandat zu sichern. Die Liberalen spalteten sich jedoch, die Nationalliberalen gingen mit fliegenden Fahnen in das Lager des Bauernbündlers über. Die Volkspartei erklärte sich für den Genossen Feuerstein, der denn auch mit 16 996 Stimmen durchs Ziel ging. Der Bauernbündler steigerte seine Stimmenzahl um rund 3500 auf 14 292.

Im 4. Wahlkreis, Böblingen, unterlag Genosse Sperka dem Ansturm der vereinigten Volksparteiler und Nationalliberalen, denen sich der Bauernbund anschloß. Im ersten Wahlgang hatten Volkspartei und Nationalliberale zusammen 6657 Stimmen erhalten; mit bauernbündlerischer Hilfe brachte es der Nationalliberale Reinath in der Stichwahl auf 11 979 Stimmen. Genosse Sperka steigerte seine Stimmenzahl von 8966 auf 10 039.

Im 6. Wahlkreis, Tübingen, behauptete der volksparteiliche Führer v. Payer sein Mandat mit 14 219 Stimmen (Volkspartei, Nationalliberale, Bauernbund) gegen den Genossen Schlicke, Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes. Schlicke erhielt 8428.

Durch Zuzug aus konservativen Kreisen erzielte im 7. Wahlkreis Calw der Volksparteiler Schweichardt eine Stimmenzunahme von 7626 bei der Hauptwahl auf 11 280, Genosse Steinmeyer erhielt 6863 Stimmen gegen 6254 am 12. Januar.

Schmerzhaft für die Sozialdemokratie ist die Niederlage des Genossen Schlegel im 5. Wahlkreis Eßlingen. In der Hauptwahl fehlten ihm nur wenige Stimmen an der absoluten Majorität, so daß mit seinem Sieg allgemein sicher gerechnet wurde. Er erhielt am 12. Januar 15 478 Stimmen, sein nationalliberal-volksparteilicher Gegenkandidat List 9906, der Bauernbündler 5006, das Zentrum 643 Stimmen. Am Stichwahltag stießen alle bürgerliche Hilfsstruppen zum „nationalen“

Kandidaten, der dann mit 16 381 Stimmen über Schlegel, der 16 328 Stimmen erhielt, siegte. Die Mehrheit des Liberalen beträgt ganze 43 Stimmen.

Auch im 10. Kreis, Göppingen-Gmünd, gab der Bauernbund den Ausschlag zuungunsten des Volksparteilers Gussler gegen Genossen Dr. Lindemann. Die volksparteilich-nationalliberalen Stimmen stiegen von 9445 auf 13 603, die des Genossen Lindemann von 11 933 auf 13 027. Die Unterstützung der Konservativen mit dem Zentrum hatte sich der Volksparteiler mit Ingeklärtheiten in der Schutzollfrage und mit der feierlichen Erklärung in öffentlicher Versammlung erkaufte, daß er die Wahlparole der Geschäftsleitung der Volkspartei „gegen den schwarzblauen Block“ entschieden mißbillige. Durch die Schonung, die dem Volksparteiler Konr. Hausmann im 9. (Völklinger) Wahlkreis durch die Sozialdemokratie zuteil wurde, ging uns eine Anzahl katholischer Arbeiterstimmen verloren. Die enge Verbindung der Volkspartei und ihrer Führer mit dem rückständigsten Unternehmertum hat den Herren Hausmann und Genossen den ehrlichen Haß der Gesamtbevölkerung ohne Unterschied der Konfession zugezogen. Auch sei daran erinnert, daß die verfeßte Politik des Herrn Hausmann die Sozialdemokratie 1907 moralisch dazu zwang, im Völklinger Wahlkreis die Parole gegen Hausmann für das Zentrum auszugeben. Die kulturkämpferischen Missionen haben Herrn Hausmann in katholischen Kreisen noch besonders verhaßt gemacht. Die uns günstige Stimmung der Industriebeschäftigten der katholischen Bezirke schlug in dem Augenblick ins Gegenteil um, als die Vorgänge im Völklinger Kreis bekannt wurden.

In süddeutschen Parteizeitungen ist bei Besprechung des Hauptwahlergebnisses des Göppinger Wahlkreises allerlei Ungereimtes mit unterlaufen. Man sprach von einem „Stillstand“ der Bewegung in diesem Kreise, von einem „Schatten“ im Gesamtbild der württembergischen Wahlen und dergleichen mehr. Dieser „Schatten“ besteht in Wirklichkeit in der kritiklosen Gegenüberstellung der Wahlgänge von 1907 und 1912. Die Wahltaktik des Reichskanzlers Bülows, die uns dort 1907 eine größere Anzahl Zentrumsstimmen zugeführt; das Zentrum hatte auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Diesmal ging das Zentrum mit dem Bauernbund zusammen; daher der geringere Stimmengewinn. Nach sehr vorsichtiger Berechnung ist die Stimmenzunahme doch immerhin 14 Prozent, wahrscheinlich aber mehr. Daß die Genossen des 10. Wahlkreises mit dem Stimmengewinn nicht zufrieden sind, ist selbstverständlich, und sie werden sicherlich nichts versäumen, die Ursache der Hemmung ausfindig zu machen und Remedur zu schaffen.

Im 9. Wahlkreise, Völklingen, siegte der volksparteiliche Führer R. Hausmann mit 13 594 Stimmen über den Genossen Mattutat, der 10 569 Stimmen erhielt. Das Zentrum mit seinen 8679 Stimmen hatte die Parole ausgegeben: Keine Stimme dem Volksparteiler Hausmann! Die Sozialdemokratie stellte jedoch den entscheidenden Kampf gegen die Volkspartei ein. So wurde Hausmann gewählt.

Der Ausgang der Stichwahlen in Württemberg ist für die Partei wenig erfreulich; unser Stimmengewinn im ganzen Land, auch in den rein ländlichen Bezirken mit Ausnahme des 13. Wahlkreises Alben-Elwangen, der den Stand von 1903 nicht wieder erreichte und den von

1907 nicht wieder überstiegt, ließ ein günstigeres Resultat erhoffen. Den Löwenanteil hat die Fortschrittliche Volkspartei davongetragen, dank der direkten und indirekten Unterstützung durch die Sozialdemokratie, andererseits der rechtsstehenden Parteien gegen die Sozialdemokratie!

Das Endergebnis der Wahlen in Württemberg ist: 3 Sozialdemokraten, 6 Volksparteiler, 2 Nationalliberale, 4 Zentrum, 2 Bauernbündler.

Aus der Partei.

Ein Parteiveteran. Seinen 70. Geburtstag feiert am Dienstag in Görtzig unser Parteigenosse Hugo Keller, der seit den 70er Jahren in der Oberlausitz und in Niederschlesien für die sozialdemokratische Bewegung an erster Stelle tätig war und ist. Im Görtziger — und vorübergehend auch im Zittauer Kreise — kandidierte er für die Partei zum Reichstage. Im Jahre 1907 zwang ihn ein Leiden dazu, die Kandidatur in Görtzig abzugeben. Seit 1903 gehört Keller dem Görtziger Stadtparlament an. Seit 1907 ist er als Arbeitersekretär tätig. Wir wünschen dem treuen Genossen, daß er sich noch manches Jahr in gleicher frischer Tätigkeit für die Sache der Arbeiter freuen möge.

Gewerkschaftsbewegung.

Aus der Massenartikelbranche der Holzbildhauer. Die in dieser Branche beschäftigten Holzbildhauer haben mit den schwierigsten Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Zurzeit stehen sie in einer Reihe von Orten in Lohnbewegungen zur Abwehr beabsichtigter Verschlechterungen und auch um Verbesserungen durchzusetzen, so in Klostergeringswalde, Lauterbach und Kunnendorf in Sachsen, in Schönlanke (Provinz Posen) und in Driesen, unweit Frankfurt a. O. Es handelt sich in diesen Geschäften überwiegend um die einfachsten Arbeiten, um Bestandteile für Stapel- und Lugschmöbel, die nach Zuzug und pfennigweise berechnet werden. Inhaber dieser Geschäfte sind Kaufleute, die mit ebensowenig oder auch mit ebensowenig Interesse Stiefelwichse oder Wagenschmiederei fabricieren würden, wenn sie mehr daran verdienen könnten. Vorläufig nutzen sie noch die Konjunktur dieser Massenartikelbranche in Holz aus. Die Hauptlücke ist, mit möglichst niedrigen Preisen die Konkurrenz zu schlagen, und da sind ihnen natürlich die organisierten Arbeiter mit ihrer Gewerkschaft im Rücken hinderlich. Trotz heftigster Gegenwehr konnten die bei einer Möbelfabrik in Deynhäusern beschäftigten, im Zentralverein der Bildhauer organisierten Holzbildhauer eine mehrmalige Herabsetzung der Löhne nicht verhindern, weil eine Massenartikelbranche in Schönlanke mit unorganisierten Leuten zu einem bedeutend niedrigeren Preise die Möbelbestandteile lieferte. Eine andere Firma in Schönlanke, wo zurzeit die Holzbildhauer streiken, hat für eine Möbelfabrik in Detmold Arbeiten zu einem Preise übernommen, bei dem mit höchster Anstrengung 20 Pf. Lohn per Stunde erzielt werden könnten. Aus den verschiedensten Berufsständen wurden schon „unorganisierte“ herangezogen und zu dieser Art von „Schneidkunst“ herangebildet, wie auch ungelernete Arbeitskräfte als sehr geeignet zu Hausmeisterdiensten angesehen werden. Aber die Löhne und Akkordpreise — es wird in diesen Betrieben fast nur in Akkord gearbeitet — sind so miserabel, daß selbst ungelernete Arbeiter bei allgemeiner bietender günstigerer Geschäftslage verzichten. Wie schlimm müssen die Lohnverhältnisse in dieser Branche sein, wenn auch die Christlichen sich aufgerafft haben, mit den freigewerkschaftlich organisierten in Schönlanke gemeinsam in eine Bewegung einzutreten. Die Christlichen sind dort, bei den Bildauern sowohl wie bei den übrigen Holzarbeitern, stark organisiert. Es herrscht in diesen Betrieben noch die längste Arbeitszeit, 10 Stunden und darüber, bei

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wardon! Ich wußte nicht —“ Das unbedeutende kleine, aber doch unerwartete Ereignis verfehlte ihn in einen förmlichen Freudenrausch. Sein Herz schlug höher, sein Gesicht strahlte. Wie ein Triumphtor schritt er an Helene Schölers Seite durch die Zimmer zum Längsaal. Im stillen schalt er sich ab, dumm. Wie hatte er nur so verblüfft, so vorschnell, so ungerecht urteilen können!

Es war einer der letzten Tänze, den Affessor Richard und Erna von Volkenhagen miteinander tanzten. „Sie machen Eroberungen über Eroberungen,“ flüsterte er ihr ins Ohr.

Sie zuckte mit den Achseln, als wenn sie sagen wollte: „Was kann ich dafür?“

Der Sohn des Hauses ist schon bis über beide Ohren verlobt in Sie.“

„Der kleine Schöler?“ verfehlte sie geringschätzig. Verlobt? Sie irren. Es schmeichelt nur seiner Eitelkeit, daß ich mit ein bißchen den Hof von ihm machen lasse.“

„Und wenn er nun ernstlich Feuer fängt?“ Sie zögerte eine Weile mit der Antwort. Dann fragte sie in einem Tone und mit einer Miene, der der erfahrene Fräulein die verhaltenen Spannung anmerkte: „Würde Sie das beunruhigen?“

Ein stolzes Lächeln glitt über seine ersten Züge. „Nein! Ein wenig mehr Selbstgefühl dürfen Sie mit zutragen, schöne Bauerin.“

Er fühlte, wie ihre Finger in den seinen zuckten. Zugleich tönte ein leises Aufklappen an sein Ohr: „Stolz lieb ich den Spanier.“

Er zog sie unwillkürlich fester an sich. „Sie sind bezaubernd.“ raunte er mit einem leidenschaftlichen Erzittern seiner Stimme. „Sie sind die einzige Bekehrungswürdige. Kein Wunder, daß sich alle Herzen nur Ihnen beugen.“

Sie schloß für einen Moment die Augen und sog förmlich die Süßigkeit seiner Schmeichelei in sich hinein. Darauf tat sie einen tiefen Atemzug und fragte aufsehend in einer Aufwallung schelmischer, scherzender Laune: „Auch das Ihre?“

Sein geschäftigstes Ohr, seine Erfahrung hörten den

Unterton tiefinnerlicher Anteilnahme und Spannung wohl heraus.

„Auch das meine,“ raunte er ihr zu, und abermals legte sich sein Arm fester um sie.

Sie tanzte eine Weile schweigend und schienen sich, beide vollendet elegante, gewandte Tänzer, ganz dem Genuss des Schwelgens in den rhythmischen Drehungen, Arm in Arm, Herz an Herz, hinzugeben. Manches Augenpaar hing bewundernd an dem stätlichen Paar. Er, der Typus stolzer, starker Männlichkeit — sie als Frau im Verhältnis ebenso groß und imposant wie der Mann. Dabei schlank, elegant, von vollendeter Grazie.

„Blöglich sing er wieder an zu sprechen.“ „Morgen um sieben Uhr reite ich.“

Ein für ihn unwichtiges Lächeln flog über ihre Züge. „Ah, Sie auch?“

Er brühte ihre Hand. Seine Stimme klang wie Jubel und Triumph.

„Ich könnte Sie kü —“

Als er plötzlich abdrach, fragte sie: „Was könnten Sie?“ Er zögerte einen Moment und entgegnete dann kurz, bestimmt: „Das sagt man nicht, das tut man.“

Sie lächelte. „Lassen Sie sich warnen, kühner Herr! Reiten Sie morgen nicht allzu toll! Wagehälftige brechen den Hals.“

Er zuckte mit den Schultern. „Nah, Furcht kenne ich nicht. Der Mutigen hilft das Glück.“ antwortete er lächelnd. Und seinen Mund dicht zu ihrem Ohr neigend, flüsterte er: „Werde ich das Bergnügen haben, Ihnen morgen früh am Heinrichsfelder Wäldchen zu begegnen?“

„Vielleicht! Wenn der Zufall es fügt,“ verfehlte sie schelmisch.

„Ich vertraue dem Zufall und meinem Glück,“ gab er ernst zurück.

Der Zufall war Affessor Richard günstig. Gegen halb acht Uhr am andern Morgen traf er Erna von Volkenhagen auf der Chaussee am Heinrichsfelder Wäldchen, eine halbe Stunde von der Garnisonstadt. Sie sah munter und frisch aus trotz der halbdurchtanzten Nacht. Bewundernd blickte er sie an. Er fand, daß ihr das schwarze Reitkleid noch besser stand als die Balltoilette. Der steife, schwarze Filzhut verlieh ihr einen Anstrich von männlicher Selbstherlichkeit, der ihr entzückend stand.

Er begrüßte sie durch Handschlag. „Gut geschlafen?“

„Ich schlafe immer gut.“

Aber sie schüttelte mißbilligend den Kopf und beugte sich, ihrem Pferde den Hals klopfend, herab. „Wir sind nicht mehr im Ballsaal, mein Herr.“

Darauf trieb sie ihren Gaul an und schlug sofort einen starken Galopp an. Er blieb dicht an ihrer rechten Seite. So ging es eine ganze Strecke in stärkster Gangart. Das rasche, heftige Atemholen der beiden Reiter mischte sich mit dem Schnauben der dampfenden Pferde. Blöglich bog sie von der Straße ab und legte über den Chauffeezogen auf die hartgefrorene Wiese hinüber. Die Wendung geschah so jäh, daß er, der noch ein paar Pferdelängen auf der Chaussee über sie hinausgeschossen war, ein ganzes Stück hinter ihr zurück war, als er ihrem Weispiel folgend, seinen Gaul mit einem prächtigen Sprunge über das Hindernis setzen ließ.

Sie drehte sich nach ihm um mit spottender Miene. Er gab seinem Pferde die Sporen und feuerte es mit lautem Zuruf an. Ein tolles, lebensgefährliches Wettrennen begann. Auf dem harten, unebenen Terrain konnten die Pferde jeden Augenblick straucheln und zu Fall kommen. Sein Pferd oder seine Reitkunst erwieß sich als überlegener. Der Abstand zwischen ihnen verringerte sich von Sekunde zu Sekunde. Endlich hatte er sie erreicht. Als ihre Pferde Kopf an Kopf galoppierten, beugte er sich weit zu ihr hinüber und faßte mit kräftiger Faust in ihre Zügel. Der Gaul stand auf dem Fleck.

Mit fliegendem Atem, mit sprühenden Augen beugte er sich zu ihr hinüber. Mit jähem Griff umschlang er sie und läßt sie auf den Mund. So machte er wahr, was er ihr gestern im Zaumel des Walzers zugerannt hatte: „Das sagt man nicht, das tut man.“

Sie litt es. Bei allem seinem Selbstgefühl wunderte er sich doch im stillen, daß sie nun plötzlich ihre Arme um seinen Hals schlang und seinen Kuß mit heißen Lippen erwiderte. Im nächsten Moment hatte sie sich freigemacht. Sie griff mit beiden Händen nach ihrem Hut, der sich wührend der stürmischen Szene verschoben hatte. Ihre Wangen glühten, ihr Atem ging stürmisch, nicht nur von der Galoppade; ihre Augen leuchteten. Da mit einem Male legte es sich wie ein Schleier über die funkelnde Freiz, und während sie nun wieder nach den Zügeln griff, sagte sie ernst, wie zur Entschuldigung ihrer Selbstvergessenheit: „Es war ein Abschied.“

Der Affessor machte eine Bewegung stärksten Staunens und sah sie verständnislos an.

Die Vergessene.

Ein Pariser Lebensbild von Louis Roubaut.

Der Zug verlangsamte sein Tempo. In dem gepolsterten Kutsche...

„Gutsteigen! Einsteigen!“ Der Schaffner lächelte mit vollster Zutragkraft...

„So kletterten Sie doch endlich hinein, rasch, rasch, gute Frau!“ Eine Frau erschien. Sie blieb einen Augenblick ver-

„Seine Hand rührte sich nicht.“ Sie betrachtete die Hand, die er ihr entgegenstreckte...

„Sie sind Herr Jean Blumet.“ Er wanderte sie an. „Sie sind Herr Jean Blumet.“

„Sie sind Herr Jean Blumet.“ Er wanderte sie an. „Sie sind Herr Jean Blumet.“

„Ja, auch ich bin es, ich war in der Rue Badre ein Jahr mit Ihnen zusammen.“

gleichaltrigen Mädchen. Vom 12.—15. Jahre übertrifft die Mädchen die gleichaltrigen Knaben...

Das Schicksal der Frauen

wird gewöhnlich als Falschheit gedeutet, ist jedoch lediglich Folge ihrer hochentwickelten Gefühlswelt...

Aus den Witzblättern.

Weggepöbert. Prinzipal: „Donnerwetter, es ist Ihnen also gelungen, bis zum Chef der Firma Blumenfeld zu gelangen?“

frivole Annäherung im Reime erwidern müßte. Die Herren, denen das gerichtsamtete Wesen, die Frau, so abstoßend und abschreckend vorkommt...

So hat also die Frau auch in diesem Reichthum keine Ausflucht in die Reihen der gleichberechtigten Staatsbürger eingereicht zu werden.

Wir leben diesem Moment nicht mit größter Seelenruhe, sondern auch mit freudiger Erwartung und unerklärlicher Unschlüssigkeit entgegen.

Reines Feuilleton.

Frühmorgens Verstellung künstlicher Edelsteine. Mit Hilfe des elektrolitischen Wasserstoffs werden jetzt glänzende Resultate bei der Verstellung künstlicher Edelsteine erzielt.

Das Wachsium des Menschen.

Nach den Untersuchungen von Dr. Schöner ergibt sich, das vom 6.—11. Jahre die Knochen größer sind als...

